



Dr. Inge Gräßle MdEP Brief aus Straßburg



Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,

Parlament gegen Tabakabkommen

Bedauerlicher Rückschritt im Kampf gegen den Tabakschmuggel: Das Parlament hat sich mehrheitlich gegen eine Verlängerung des Abkommens mit dem Tabakkonzern Philip Morris ausgesprochen. Jetzt ist die EU darauf angewiesen, dass das Unternehmen freiwillig so tut, als bestünde das Abkommen weiter. Es besagt, dass das Unternehmen die ordentliche Besteuerung seiner Produkte ab Werk an den ersten Käufer verfolgt und Kartons mit 10.000 Zigaretten aus Steuergründen mit rückverfolgbaren Codes ausstattet. Diese freiwillige Leistung ist bis 2019 nötig, dann tritt in der EU die Tabakprodukttrichtlinie in Kraft. Zwar ist die Empfehlung des Parlaments für die Kommission rechtlich nicht bindend, doch wenn diese dem Parlamentsvotum folgt, würde das dazu führen, dass in den nächsten drei Jahren keine Kontrolle seitens der EU stattfinden kann.

Wenn in dieser Zeit der Schmuggel mit Originalzigaretten durch die Rechts-lücke wieder zunimmt, hat die Antitabaklobby dem Kampf gegen Billigzigaretten einen Bärendienst erwiesen.

Weltfrauentag: aktuelle Herausforderungen

Gesetze, die die gleiche Behandlung von Männern und Frauen garantieren sollen, gibt es wohl, doch sie müssen auch umgesetzt werden – so ein Fazit der Plenardebatte anlässlich des Weltfrauentags am 8. März. Wir unterstützen das Vorhaben der Kommission, die „Work-Life-Balance“ für Familien mit berufstätigen Müttern zu verbessern. Sehr ernst ist auch die Situation flüchtender Frauen und Kinder. Frauen brauchen besondere Hilfe, wenn sie Asyl beantragen: In Flüchtlingszentren müssen Privatsphäre und medizinische Hilfe, vor allem für Schwangere, gewährleistet werden. Außerdem müssen Schmuggler stärker bekämpft werden, denn oft werden Frauen von ihnen als „Bezahlung“ missbraucht.

Eine europäische Lösung rückt näher

Der Flüchtlingsgipfel mit dem türkischen Ministerpräsidenten Davutoğlu hat erste Ergebnisse gebracht. So hat sich die Türkei bereit erklärt, sämtliche über ihr Land nach Griechenland geflohenen Flüchtlinge zurückzunehmen – auch die syrischen. Im Gegenzug soll die EU für jeden aus Griechenland zurückgeführten Syrer einen syrischen Flüchtling direkt aus der Türkei aufnehmen. Flüchtlinge ohne Bleibeperspektive würden also konsequent zurückgeführt, während es für die wirklich Schutzbedürftigen endlich einen geregelten Weg nach Europa gäbe. Beides zusammen würde ein Austrocknen des Schlepperwesens ermöglichen. Die bereits vereinbarte Verteilung von 160.000 Flüchtlingen innerhalb der EU soll beschleunigt werden, um Griechenland zu entlasten. Zudem erklärte sich die Türkei bereit, bei der Verbesserung der humanitären Bedingungen in Syrien enger mit der EU zu kooperieren, um die Fluchtursachen an der Wurzel zu bekämpfen.

So können Sie mich erreichen:

Europäisches Parlament · Rue Wiertz, ASP 15 E 154 · B-1047 Brüssel · Tel. 0032 228 45868 · Fax 0032 228 49868
Parlement Européen · Allée du Printemps, LOW T 12 013 · F-67070 Strasbourg · Tel. 0033 3881 75868 · Fax 0033 3881 79868
Europabüro · Grabenstraße 24 · D-89522 Heidenheim · Tel. 0049 7321 20071 · Fax 0049 7321 20073
ingeborg.graessle@ep.europa.eu · www.inge-graessle.eu · facebook.com/inge.graessle · Twitter: @inge_graessle



Dr. Inge Gräßle MdEP Brief aus Straßburg



Auch wenn derzeit noch zahlreiche Detailfragen zu klären sind, was den türkischen Vorschlag angeht, müssen die EU-Staats- und Regierungschefs beim nächsten Gipfeltreffen kommende Woche alles daran setzen, zu einer gangbaren Lösung zu kommen. Es ist richtig, auf europäische Lösungen zu setzen. Nur so können wir das Flüchtlingsproblem lösen, statt es von einer Grenze zur anderen zu verschieben.

Bessere Überwachung der EIB-Ausgaben

Sie ist inzwischen die größte Förderbank in der EU – die Europäische Investitionsbank (EIB). Sie verwaltet einen nicht unerheblichen Teil der Fördermittel der EU. Darum ist auch eine gute Kontrolle der EIB sehr wichtig. Das Parlament hat jetzt einen Bericht zu diesem Thema angenommen, in dem eine Verbesserung des Steuerungs- und Transparenzrahmens der EIB sowie eine umfassende parlamentarische Kontrolle gefordert werden. Darüber hinaus pochen wir darauf, dass die Mitgliedsstaaten bei Betrug

zum Schaden der EU genauso hart durchgreifen wie bei Betrug zulasten des eigenen Staatssäckels, was leider nach wie vor nicht immer der Fall ist. Zudem soll die Kommission konsequent Zahlungen unterbrechen bzw. aussetzen.

Neue Maßnahmen für die Tiergesundheit

Vogelgrippe, afrikanische Schweinepest und andere Tierkrankheiten sind eine internationale Gefahr, übrigens auch durch das Überspringen der gefährlichen Viren auf Menschen. Das Parlament hat Maßnahmen zur Vorbeugung und für den Ernstfall beschlossen, etwa eine gute Tierhaltungspraxis, einen verantwortungsvollen Einsatz von Tierarzneimitteln, insbesondere von Antibiotika, sowie schnelle, transparente und wissenschaftsbasierte Entscheidungen bei neu auftretenden Seuchen.

Linker Flügel untergräbt Terrorabwehr

Die Richtlinie zur Speicherung von Fluggastdatensätzen ist eigentlich fertig ausverhandelt und bereit

zur Abstimmung im Plenum, doch aufgrund der Blockade durch die linksorientierten Fraktionen des Parlaments kam es diese Woche nicht dazu: Der Punkt wurde von der Tagesordnung gestrichen, obwohl sich das Parlament 2015 angesichts u.a. der Anschläge von Paris in zwei Resolutionen dazu verpflichtet hatte, die Richtlinie bis Ende des Jahres zu verabschieden. Die Fraktionsführungen der Sozialisten und der Liberalen sprechen sich zwar offiziell für die Richtlinie und den Kampf gegen den Terrorismus aus, doch abseits der öffentlichen Wahrnehmung agieren sie dagegen.

Besuch aus der Heimat im Parlament

Am Mittwoch durfte ich eine Schülergruppe des Gymnasiums Friedrich II. aus Lorch begrüßen.

Neuigkeiten aus meinem Büro

Der Aalener Marco Schlosser, Student der Sozialwissenschaften in Augsburg, absolviert ein zweimonatiges Praktikum in meinem Büro.

So können Sie mich erreichen:

Europäisches Parlament · Rue Wiertz, ASP 15 E 154 · B-1047 Brüssel · Tel. 0032 228 45868 · Fax 0032 228 49868
Parlement Européen · Allée du Printemps, LOW T 12 013 · F-67070 Strasbourg · Tel. 0033 3881 75868 · Fax 0033 3881 79868
Europabüro · Grabenstraße 24 · D-89522 Heidenheim · Tel. 0049 7321 20071 · Fax 0049 7321 20073
ingeborg.graessle@ep.europa.eu · www.inge-graessle.eu · facebook.com/inge.graessle · Twitter: @inge_graessle